

Probleme bei Wohnungsvergaben

Der Landesrechnungshof kritisiert 26 von 30 Wohnbau-Genossenschaften. Auch bei Förderstelle des Landes gibt es Mängel.

www.bigshot.at



Scharfe Kritik an den Wohnbau-Genossenschaften übt der Rechnungshof: „Die in der Steiermark tätigen (gemeinnützigen) Genossenschaften und Hausverwaltungen und die Wohnbau-Förderabteilung des Landes sind den Vorgaben in hohem Maße nicht nachgekommen“, heißt es im Prüfbericht über 30 gemeinnützige Bauträger, der vom Kontrollausschuss des Landtags unter die Lupe genommen wurde.

Das Ergebnis war niederschmetternd. Bei 26 (von 30!) Bauträgern wurden Mängel hinsichtlich der gesetzlichen Vergabevorschriften festgestellt. Drei Bauträger waren besondere „Ausreißer“: die GEMYSAG, die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft der VA-Tech Elin GmbH und „Leykam“ Gemeinnützige

Wohn-, Bau- und Siedlungsgenossenschaft. Die Vergabe von geförderten Wohnungen durch die geprüften Bauträger erfolgte überwiegend nicht ordnungsgemäß.

Auch die Wohnbauförderungsabteilung ist laut Rechnungshof ihrer Verpflichtung zur Kontrolle überwiegend nicht nachgekommen. Werner Murgg, Vertreter der KPÖ im Kontrollausschuss: „Was hier ans Tageslicht gekommen ist halte ich für skandalös. Für Genossenschaften, die gesetzwidrig handeln, muss es Konsequenzen geben.“ Landesrat Johann Seitinger sagte zu, die Kontrollen zu verbessern. Seitinger: „Auch über Konsequenzen für Bauträger, die die Bestimmungen nicht einhalten, muss nachgedacht werden.“

Unwissender Minister

„Ich habe davon nichts gewusst und bin völlig überrascht“, meinte Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, als unlängst bekannt wurde, dass sein Schloss Lannach eine KZ-Außenstelle war.

Die SS benutzte dort Häftlinge als Sklavenarbeiter in der Pflanzenforschung. Es scheint, dass die Familie seit 1947 die Ergebnisse – auch der Sklavenarbeit – für ihre Zwecke nutzte.

KOMMENTAR

Energiepreise senken!

Von LAbg. Werner Murgg



Die Steirerinnen und Steirer stöhnen unter explodierenden Energiepreisen – bis zu 500 Euro müssen die Menschen pro Jahr dafür mehr bezahlen. Immer mehr Familien sehen dem kommenden Winter mit Angst entgegen, wenn sie an ihre Heizrechnung denken. Pendlerinnen und Pendler werden mit voller Wucht von den rasant gestiegenen Treibstoffpreisen getroffen, obwohl sie für die spekulationsgetriebene Hausse an den Ölmärkten nichts können. Viele sind auf Grund des immer noch mangelhaften Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln auf das eigene Auto angewiesen, wenn sie ihren Arbeitsplatz erreichen wollen.

Freilich, nicht überall kann das Land regulierend auf die steigenden Energiepreise einwirken. Die Möglichkeiten sind begrenzt. Aber dort, wo das Land Steiermark die Möglichkeit hat, für ein Sinken der Preise zu sorgen, sollte von dieser Gebrauch gemacht werden. Ich habe bereits in der ersten Sitzung des neu gewählte Landtages, Mitte November, an Landeshauptmann Voves die Frage gestellt, ob er bereit wäre, seinen Einfluss als Eigentümervertreter bei der ESTAG dahingehend geltend zu machen, dass die mit 1. 1. 2006 wirksame Strompreiserhöhung rückgängig gemacht wird. Der Landeshauptmann sagte zu, sich für einen neuerlichen Landesbonus für ESTAG-Kunden einzusetzen. Nun existiert seit 13. Dezember ein mehrheitlicher Beschluss des Landtages – lediglich die SPÖ hatte dagegen gestimmt –, diesen Strombonus auch für das Jahr 2006 zu gewähren. Passiert ist bisher nichts. Der Strom wurde teurer, Landesbonus gibt es keinen.

Im Juli hat es im Landtag wieder

eine Fragestunde gegeben. Ich habe die Gelegenheit genützt, um den Landeshauptmann auf diesen Beschluss aufmerksam zu machen und ihn zu fragen, wann endlich mit der Umsetzung des Beschlusses zu rechnen sei. Landeshauptmann Voves redete sich auf europarechtliche Bedenken aus. Ein neuerlicher Bonus wäre wettbewerbsverzerrend.

Langer Rede kurzer Sinn: Der Landtag kann beschließen was er will, die Umsetzung durch die jeweils zuständigen Mitglieder der Landesregierung folgt keineswegs zwingend.

Dafür gibt es noch ein zweites, trauriges Beispiel aus der jüngsten Zeit. Auch hier geht es um die Senkung der Energiepreise. Der Landtag hat mit den Stimmen von KPÖ und SPÖ mehrheitlich beschlossen, die Landestankstellen öffentlich zugänglich zu machen und so Druck auf die Mineralölkonzerne auszuüben, damit diese die Preise bei ihren Tankstellen senken. In Leoben funktioniert das wunderbar. Seit die Stadtwerke Leoben ihre Tankstelle der Öffentlichkeit zugänglich gemacht haben, gilt Leoben als Tiefpreinsel.

Leider ticken im Land die Uhren anders. Die zuständige ÖVP-Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder erteilte dem Landtagsbeschluss zur Öffnung der Landestankstellen bereits eine Absage und stellt sich schützend vor die Lobby der Mineralölkonzerne. Da darf man sich dann über die steigende Politikverdrossenheit der Menschen in unserem Land nicht wundern. Egal was der von ihnen gewählte Souverän Landtag beschließt: Einzelne Mitglieder der Landesregierung scheinen sich darum wenig zu kümmern. Das ist der eigentliche Skandal!